



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 18.03.2021**
öffentlich

Ort: Videokonferenz

Zeit: 17:07 Uhr bis 19:06 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Ute Haupt
Olaf Schöder

Beate Gellert
Bernhard Bönisch
Dr. Ulrike Wünscher

Josephine Jahn

Johannes Krause

Dennis Helmich

Dr. Annette Kreutzfeldt
Dr. Regina Schöps
Alexander Raue

Dr. Tarek Ali

Guido Haak
Tobias Heinicke
Markus Jürisch

Jan Röttschke

Ines Dunker

Verwaltung

Katharina Brederlow
Dr. Christine Gröger
Jörg Baus
Annerose Winter
Steffen Johannemann
Frank Gabel

Entschuldigt fehlten:

Kay Senius
Svea Detering
Angela Ernst
Elke Schwabe
Susanne Wildner

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von
Halle (Saale)

Teilnahme bis 19:02 Uhr

Fraktion Hauptsache Halle

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Teilnahme bis 18:55 Uhr

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)

Teilnahme bis 18:30 Uhr

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Vertreter für Herrn Senius

Teilnahme bis 19 Uhr

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Teilnahme bis 18:22 Uhr

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fraktion MitBürger & Die PARTEI

AfD-Stadtratsfraktion Halle

Sachkundiger Einwohner

Teilnahme bis 18:15 Uhr

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Teilnahme bis 17:37 Uhr

Sachkundiger Einwohner

Teilnahme bis 17:57 Uhr

Sachkundige Einwohnerin

Teilnahme bis 19 Uhr

Beigeordnete Bildung und Soziales

Leiterin Fachbereich Gesundheit

Leiter Fachbereich Soziales

Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales

Abteilungsleiter im Fachbereich Umwelt

Projektkoordinator RÜMSA im Eigenbetrieb
für Arbeitsförderung

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Sachkundige Einwohnerin

Sachkundige Einwohnerin

Sachkundige Einwohnerin

Gleichstellungsbeauftragte

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Herr Rodney Thomas zu Impfstoffen**

Frau Haupt sprach an, dass von Herrn Rodney Thomas Fragen zu Corona vorliegen, die sie wie folgt verlas:

Informationen auf der Website des Robert-Koch-Instituts

Gibt es Sicherheitsbedenken bei den Vektor-basierten Impfstoffen, zum Beispiel: AstraZeneca? Die beim AstraZeneca-Impfstoff verwendeten „Träger- oder Vektorviren“ sind Adenoviren, die für Menschen harmlos sind.
Ende Zitat.

Neueste Informationen auf der Websites des RKIs und des Paul Ehrlich Instituts:
Das Paul-Ehrlich-Institut empfiehlt nach intensiven Beratungen zu den in Deutschland und Europa aufgetretenen schwerwiegenden thrombotischen Ereignissen die vorübergehende Aussetzung der Impfungen mit dem COVID-19-Impfstoff AstraZeneca.

So sagt das Paul Ehrlich Institut.
Wie das Sprichwort schon sagt: Vertrauen Sie uns. Wir sind Experten.

Weitere Informationen auf der Website des Robert-Koch-Instituts:
Über welchen Zeitraum eine geimpfte Person vor einer COVID-19 Erkrankung geschützt ist, d.h. wie lange der Impfschutz besteht, kann derzeit noch nicht gesagt werden. Zudem ist noch nicht geklärt, in welchem Maße die Transmission (Erregerübertragung) durch geimpfte Personen verringert oder verhindert wird.
Ende Zitat.

Die Stadt Halle verbreitete dieses Aufklärungsmerkblatt bezüglich des Astra Zeneca Impfstoffes. Auf dem Blatt steht es: Da aktuell noch nicht genügend Erfahrungen zur Wirksamkeit von COVID-19 Vaccine AstraZeneca® bei älteren Personen vorliegen, empfiehlt die STIKO die Impfung mit diesem Impfstoff derzeit nicht für Personen über 64 Jahren.

Zitat von Rodney Thomas aus verschiedenen Fragen an den Stadtrat und an die Ausschüsse:

Corona ist eine schlimme Krankheit. Aber es ist tödlich fast ausschließlich für Leute über 70 Jahre alt mit Vorerkrankungen. Wie stehen ihre Chancen, ohne medizinische Behandlung das SARS-CoV-2-Virus zu überleben?
Im Alter von 50 bis 69 Jahren 99,5 Prozent
Im Alter von 20 bis 49 Jahren 99,98 Prozent
Das ist OHNE medizinische Behandlung.

Für Astra Zeneca empfiehlt die STIKO die Impfung mit diesem Impfstoff derzeit nicht für Personen über 64 Jahren.

Ist es denn nicht verrückt, diesen Impfstoff zu empfehlen?
Normalerweise denkt man, dass ein Impfstoff eine Person gegen ein Virus schützt und dass es die Übertragung des Virus verhindert.

Im Fall dieser Impfstoffe (Pfizer, Moderna, Astra Zeneca) erwartet---oder eher---hofft man nur auf eine Minderung der Symptome, wenn jemand krank wird.
Es gab nie früher einen erfolgreichen Impfstoff gegen Coronaviren.

Bisher gibt es über ein Tausend Todesfälle in den USA und die britische Regierung berichtete über 524 Todesfälle wegen des Pfizer, Moderna und Astra Zeneca Impfstoffe von denen die Briten 22 als "Spontanaborte" beschrieben wurden.

In der Zukunft wird die Verwaltung den Leuten, die den Impfstoff haben wollen, über die echten Nebenwirkungen und Gefahren informieren?

Frau Dr. Gröger antwortete, dass grundsätzlich vor Impfungen immer die zu impfende Person aufgeklärt wird und ihr Einverständnis dazu vorliegen muss und erst danach eine Impfung erfolgt. Die Informationsblätter wurden entsprechend des aktuellen Wissenschaftsstandes angefertigt, welcher zum Zeitpunkt der Impfung vorliegt.

Sie wies darauf hin, dass die Impfung vor der Erkrankung schützen soll und auch wenn nur, wie Herr Thomas sagte, die schweren Verläufe durch eine Impfung ausbleiben, wäre das schon ein großes Ziel, was erreicht werden soll.

Sie erinnerte an die Medienberichte aus dem Frühjahr 2020 in Spanien und Italien, wo die Krankenhäuser gefüllt mit Corona Erkrankten waren und die medizinische Versorgung nicht sichergestellt werden konnte und Entscheidungen, wer beatmet werden soll und wer nicht, getroffen werden mussten. Deutschland war zum Glück nicht in dieser Situation, war aber am Limit angelangt.

Frau Haupt verlas die Folgefrage von Herrn Rodney Thomas wie folgt:

Wann wird die Verwaltung die Berichte über die verwendeten Zyklen der PCR-Teste veröffentlichen?

Frau Dr. Gröger sagte, dass es sich dabei um eine statistische Aufarbeitung handelt, die in der gegenwärtigen Situation nicht leistbar ist. Die CT-Werte werden in der Beurteilung selbstverständlich mit zu Rate gezogen, die Labore stellen diese auch zur Verfügung.

Momentan stehen weder personelle noch logistische Kapazitäten zur Aufarbeitung der Daten und Erstellung von Berichten zur Verfügung. Sie betonte auch, dass der CT-Wert allein nicht das Allheilkriterium ist, ob jemand infektiös ist oder nicht. Es müssen viele verschiedene Kriterien bei der Ermittlung einer Infektion herangezogen werden, wie bspw. ob die Person symptomatische Beschwerden hat, wie lange der Kontakt zur positiv getesteten Person her ist usw. Der Wert allein ist nicht aussagefähig.

Frau Haupt sagte, dass keine weiteren Fragen von Einwohner/-innen vorliegen.

Sie gab eingangs nochmals wichtige Hinweise, die für eine ordnungsgemäße Durchführung einer Videokonferenz, von Bedeutung waren.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Haupt**, eröffnete die Sitzung und wies darauf hin, dass aufgrund der Videokonferenz ein namentlicher Aufruf zur Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit erfolgen wird.

Sie machte ebenfalls darauf aufmerksam, dass alle abzustimmenden Beschlussvorlagen und Anträge mit einer namentlichen Abstimmung erfolgen werden.
Der namentliche Aufruf aller Mitglieder des Ausschusses erfolgte und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wurde durch **Frau Haupt** festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt fragte, ob es noch Anmerkungen zur Tagesordnung gibt. Da dies nicht der Fall war, rief **Frau Haupt** die Stadträt/-innen zur namentlichen Abstimmung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 04.02.2021
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für einen Masterplan "Saubere Saale"
Vorlage: VII/2020/01827
- 5.2. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beendigung der öffentlichen Unterstützung für extremistische und verfassungsfeindliche Organisationen in der Stadt Halle
Vorlage: VII/2020/02107
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Jahresabschluss Bildung und Teilhabe 2020 (Stadtverwaltung)
- 7.2. Aktueller Stand über Angebote zur Unterstützung von Jugendlichen auf dem Weg von der Schule in Ausbildung und Beruf
- 7.3. Information Katzenkastration
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen
- 9.1. Themenspeicher

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 04.02.2021

Die Niederschrift vom 04.02.2021 wurde ohne Einwendungen namentlich bestätigt.

Abstimmungsergebnis skE:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Strä:

einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für einen Masterplan
"Saubere Saale"
Vorlage: VII/2020/01827**

Frau Dr. Kreutzfeldt brachte den Antrag ein.

Herr Bönisch stellte den Geschäftsordnungsantrag (GOA) auf Nichtzuständigkeit des Ausschusses.

Frau Haupt rief den GOA zur namentlichen Abstimmung die Stadträt/-innen auf.

Herr Bönisch	Ja
Frau Gellert	Ja
Frau Haupt	Nein
Herr Helmich	Nein
Frau Jahn	Nein
Herr Krause	Ja
Frau Dr. Kreutzfeldt	Nein
Herr Raue	Nein
Frau Dr. Schöps	Nein
Herr Schöder	Ja
Frau Dr. Wünscher	Ja

Mit 5 Ja und 6 Nein-Stimmen wurde dem Geschäftsordnungsantrag **nicht** zugestimmt.

Frau Haupt begrüßte Herrn Johannemann und bat diesen um seine Aussage zu dem Antrag.

Sachkundige Einwohner/-innen:

Dr. Tarek Ali	Ja
Frau Dunker	Nein
Herr Haak	Nein
Herr Heinicke	Nein
Herr Röttschke	Enthaltung

Stadträt/-innen

Herr Bönisch	Nein
Frau Gellert	Nein
Frau Haupt	Ja
Herr Helmich	Ja
Frau Jahn	Ja
Herr Krause	Enthaltung
Frau Dr. Kreutzfeldt	Ja
Herr Raue	Nein
Frau Dr. Schöps	Ja
Herr Schöder	Nein
Frau Dr. Wünscher	Nein

Frau Haupt begrüßte Herrn Johannemann und bat diesen um seine Aussage zu dem Antrag.

Herr Johannemann sagte, dass es in der Stadt ein historisch gewachsenes Mischsystem zu ca. 70 % gibt. Mit der Mischwasserentlastung, die bei Starkregen auftritt, werden die gesetzlich vorgegebenen Grenzwerte eingehalten. Die Stadt verfolgt gemeinsam mit der HWS, diese Entlastung zu reduzieren, soweit als möglich. Da sind riesige Aufwendungen nötig. Der Hauptsammler, wo die Entlastungen stattfinden, verläuft unmittelbar am Gewässer und da ist es baulich absolut schwierig, dort entsprechende Speichervolumen zu schaffen. Das Abwasser wird auf keinen Fall nach Süden hin zurück gepumpt, um irgendwann dieses wieder zurücklaufen zu lassen. Das ist technisch fast gar nicht umsetzbar.

Im Antrag wurde die Installation eines Warnsystems in Berlin angesprochen, dazu sagte er, dass Berlin eine erhebliche Unterstützung vom Bund und vom Land erhalten hat, da hier entsprechende Programme zur Simulation einer Entlastung entwickelt wurden. Bei bestimmten Regenergüssen wird das Kanalnetz künstlich nachgerechnet und es wird nachgerechnet, ob eine solche Entlastung stattfindet und unter diesen Vorzeichen wird eine Warnung im Netz ausgelöst. Es erfolgt keine aktive Messung von Keimen in Gewässern selbst, es handelt sich hier um ein reines Modellnetz, was da entwickelt wird und die Ergebnisse veröffentlicht werden.

Wenn dies auf die Stadt Halle übertragen werden wollte, müssten die Entwässerungsnetze nochmal modelliert werden und mit den Oberflächengewässern, mit den Abflussverhältnissen dort verbunden werden. Das wäre nicht ganz einfach. Im Stadtgebiet selbst gibt es 36 Entlastungen, dazu kommen noch die von oberhalb bestehenden Entlastungen von Merseburg, Naumburg und Leipzig. Bei entsprechend warmen Sommern halten sich die Keime auch lange im Wasser, was durchaus Auswirkungen auch auf Halle haben könnte. Dann müsste hinterfragt werden, wie sicher ein solches Warnsystem ist, wenn es in Halle installiert würde. Solche Messsysteme für eine Keimbelastung im Wasser sind nicht auf dem Markt. Ein Behelf wäre nur, wenn an den Überlaufschwelen Sensoren installiert würden, wenn aktive Entlastungen stattfinden. Einfacher wäre dann natürlich, den „roten Ballon“ nach oben zu ziehen, wenn nicht gebadet werden soll.

Er wies darauf hin, dass es in der Eigenverantwortung liegt, ob die Saale zum Baden genutzt wird oder nicht. Die Saale ist nicht als Badegewässer ausgewiesen und wird es auch nicht, da die Bedingungen, die an Badegewässer gestellt werden, bei Fließgewässern nicht erfüllt werden können.

Herr Raue sprach an, dass diese Thematik bereits im Klima-, Ordnungs- und Umweltausschuss hinreichend diskutiert worden ist. In dem Ausschuss hatte er sich für

diesen Antrag ausgesprochen. Da es auch um Um- und Ausbau des Abwassersystems in Halle geht, hat er sich nochmals mit diesem Antrag beschäftigt. Viele Einleiter sind auch private Einleiter, sodass er nicht einschätzen kann, ob es die Möglichkeit gibt, Wasser anzustauen und die Investitionen sind für ihn nicht nachvollziehbar, da auch unklar dabei ist, ob dies durch die Stadt Halle gestemmt werden kann. Private Anlieger müssten auch Regenwasserzisternen bauen, was kostenaufwendig wäre.

Bezüglich des Badens in der Saale sah er als Möglichkeit, dass die Stadt Warnschilder zur Keimbelastung nach Starkregen aufstellen könnte, was ohne Sensoren und teures Forschungsprojekt möglich wäre. Alternativ könnte man versuchen Fördermittel beim zuständigen Ministerium zu beantragen, in der finanzschwachen Kommune sieht er keine Eigenmittel hierfür. Aus diesem Grund würde er den Antrag nicht mehr unterstützen, da es auch billiger und einfacher ginge.

Frau Dr. Schöps stellte zwei Fragen an Herrn Johannemann zu dessen Aussagen. Sie war verwundert, dass die HWS keine Erfahrungswerte hat, wann Wasser als Mischwasser über das Abwassersystem in die Saale läuft. Wenn dem so ist, wollte sie wissen, ob bei der Überlastung des Abwasserkanals dort eine Einrichtung installiert wird, die der HWS signalisiert, wo gerade Wasser in die Saale läuft.

Frau Dr. Kreutzfeldt war verwundert darüber, wie kompliziert dies gesehen wird. Es geht nicht um vorgeschlagene Maßnahmen, sondern die Stadt möchte prüfen, welche Maßnahmen möglich wären. Sie hat mit einer städtischen Wohnungsgesellschaft das diskutiert, die haben auch Bedenken, wollen das aber in dem sogenannten „Elferrat“ einbringen, damit gemeinsam geschaut werden kann, was umsetzbar wäre. Es kann nicht schwer sein, bei Starkregen die Bevölkerung darauf hinzuweisen, dann nicht in der Saale zu baden. Es sind einfache, kreative Maßnahmen gefragt.

Frau Dr. Gröger sagte, dass die Saale nach wie vor kein Badegewässer ist und nach wie vor auch nicht werden wird. Jeder, der dort badet, geht auf eigene Gefahr dort baden.

Herr Johannemann ging auf Frau Dr. Schöps Aussage ein. Da er sich evtl. etwas unglücklich formuliert hatte, stellte er richtig, dass es natürlich eine Modellierung über das Kanalnetz für verschiedene Regenereignisse gibt, wo entsprechende Entlastungen ausgewiesen werden. Die rechnerisch ermittelten Entlastungswerte sind theoretisch da, aber es muss festgestellt werden, dass es in der Praxis nie der Fall ist, dass dies so eintritt, wie vorhergesagt.

Es gibt 36 Entlastungsstellen in der Stadt und dafür müssten Sensoren aufgestellt werden, um darstellen zu können, wie viel es dort regnet und was dann tatsächlich als Entlastung dort ankommt. Es gibt Rechenansätze, Rechenergebnisse und die theoretischen Entlastungsmengen. 90% der Wetterwarnungen, die für das Stadtgebiet kommen, zeigen sich als Fehlmeldung, da es entweder gar nicht stattfindet oder sehr kleinräumig. Es ist nicht sicher, ob bei dem kleinräumigen Regen eine Mischwasserentlastung stattfindet. Wenn ein Starkregen angekündigt ist, kann auch eine entsprechende Warnung verstärkt ausgesprochen werden. Das Baden in der Saale wurde nicht empfohlen.

Die meisten privaten Häuserbauer halten im Regelfall ihr Regenwasser auf dem Grundstück mit Zisternen etc. zurück. Bei Mehrgeschossern ist das eher selten der Fall, da dann die Frage nach der Verantwortung oder Nutzung des Regenwassers steht.

Herr Johannemann wies darauf hin, dass bei den Planvorhaben, B-Plänen, immer der Prüfalgorithmus enthalten ist, wie alternativ und vor Ort Regenwasser verwendet und eingesetzt werden kann. Das Netz lässt keine Einleitungen in Größenordnung mehr zu, insofern ist man gezwungen, vor Ort Regenwasser zu bewirtschaften. Das wird in der Praxis

auch zunehmend umgesetzt werden.

Ein Informationssystem zu installieren, bedeutet – egal wie es gemacht wird – eine zusätzliche Aufgabe für die Verwaltung, da weder Personal noch finanzielle Mittel hierfür zur Verfügung stehen und das ist die Faktenlage.

Herr Raue fragte, wie häufig die Entlastung der Schmutzwassersammler überhaupt vorkommt. Gibt es Unterlagen dazu, kann dies erhoben oder überhaupt festgestellt werden oder ist dies eher selten?

Wenn bspw. eine Warnmeldung aufgestellt werden könnte, die vor dem Schmutzwasser und demzufolge Keimbelastung warnen würde, ist dies doch nicht gleichbedeutend mit einer Warnung vor evtl. Chemikalien bspw. aus Landwirtschaft etc. Hierzu fragte er, ob sich dann Badende deswegen an die Stadt wenden können, weil diese nicht davor gewarnt hat.

Herr Johannemann sagte, dass er die erste Frage nicht beantworten kann. Aus der modelltechnischen Betrachtung gibt es die theoretische Anzahl der Entlastung, das ist aber eine theoretische Zahl, die er sich von der Halleschen Wasser- und Stadtwirtschaft (HWS) zuarbeiten lassen könnte.

Zur zweiten Frage antwortete **Herr Johannemann**, dass auch die Entscheidungen der Bundesgerichte verstärkt in die Verantwortung der Kommune gehen. Wenn etwas angeboten wird, wie hier das Warnen vor Baden, was passiert, wenn die Stadt nicht warnt? Bei der Saale gibt es die Situation, dass es sich nicht um Badegewässer handelt und deswegen die Stadt das Baden aus gesundheitlichen Gründen generell nicht empfiehlt, natürlich ist die Stadt dennoch nicht davor gefeit, dass Badende versuchen, die Stadt in die Verantwortung zu nehmen, bspw. bei der Verkehrssicherheit am Saalestrand.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Frau Haupt** zur namentlichen Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

mit Patt abgelehnt

5 Ja-Stimmen

5 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Masterplan zu erarbeiten, dessen Ziel es ist, mit geeigneten Maßnahmen:

- a. kurzfristig die gesundheitlichen Gefahren, die sich aus dem Eintrag von Abwässern aus der Mischwasserkanalisation für Badende ergeben, durch ein Überwachungs- und Warnsystem zu minimieren,
- b. mittel- und langfristig den Zufluss von Regenwasser in die Kanalisation deutlich zu verringern, um auf diese oder andere Weise ein Überlaufen des Mischwasserkanals immer weiter einzuschränken und letztlich ganz zu vermeiden.

**zu 5.2 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beendigung der öffentlichen
Unterstützung für extremistische und verfassungsfeindliche
Organisationen in der Stadt Halle
Vorlage: VII/2020/02107**

Wortprotokoll auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion

Frau Haupt

Wir kommen dann zum zweiten Antrag, der uns heute vorliegt. Das ist der Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beendigung der öffentlichen Unterstützung für extremistische und verfassungsfeindliche Organisationen in der Stadt Halle. Ihnen liegt der Antrag vor und auch die Stellungnahme der Verwaltung, aber auch hier gilt, dass ich erstmal dem Einbringer das Wort gebe, wenn Herr Raue möchte.

Herr Raue

Ja, vielen Dank, Frau Haupt. Sie haben die Überschrift vorgelesen und der Antragstext ist natürlich ein bisschen länger und deswegen will ich nur mal das ein bisschen präzisieren.

Also uns geht es darum, die Förderung und Unterstützung soziokultureller Projekte mit öffentlichen Mitteln dann zu beenden, wenn diese Projekte ihrerseits extremistische gewaltbereite, gewaltunterstützende und verfassungsfeindliche Organisationen und Gruppen oder Personen indirekt oder auch direkt unterstützen, indem sie zum Beispiel Raum zur Verfügung stellen, in dem sie überhaupt Infrastrukturmittel zur Verfügung stellen, Beherbergung, Helfen bei der Bewerbung von Projekten oder von Versammlungen, von Kampagnen und dergleichen.

Darum geht es uns. Also tatsächlich darum, dass nicht die Stadt Halle, das war auch nicht unsere Unterstellung, direkt jetzt extremistische Projekte fördert, beispielsweise Antifa oder Rote Hilfe. Das war nicht unser Vorwurf, das erwarten wir auch nicht, sondern es geht darum, dass die Stadt Halle beispielsweise mit dem Reil 78 eine Immobilie preiswert dem Kubultubu e.V. zur Verfügung stellt, also preiswert im Prinzip für eine rein symbolische Miete, nicht marktüblich und der Kubultubu e.V. seinerseits wieder Antifa - Veranstaltungen, Kampftraining, Veranstaltungen der Roten Hilfe und Spendenaktionen der Roten Hilfe zulässt, die beide eben wieder verfassungsfeindlich sind. Die werden beide im Verfassungsbericht genannt, das ist auch stadtbekannt und jeder, der das wissen will, der weiß das auch, dass Antifa immer mit Gewalt und Sachbeschädigung und Körperverletzung in Verbindung steht, häufig auch Demonstrationen, auch im Prinzip Leute einschüchtern und dort einfach auch Gewalt in Demonstrationen trägt, die eigentlich gewaltlos, gewaltfrei stattfinden wollen und im Prinzip auch über diesen Weg da auch die freie Meinungsäußerung, die Meinungspluralität in unserem Land behindert.

Das ist, wir haben ein Land, das hat ein Grundgesetz, Artikel 20, da gibt es ein Rechtsstaatsgebot, ein Demokratiegebot. Antifa und Rote Hilfe verstoßen ganz klar und eklatant gegen diese beiden Gebote im Artikel 20 Grundgesetz und deswegen sind wir der Auffassung als AfD, dass die Stadt Halle, wenn ihr solche Verstöße bekanntwerden, das im Prinzip Kubultubu e.V. diesen Organisationen Unterschlupf bietet für Rekrutierung, für bestimmte Schulungsveranstaltungen, für Unterstützungsveranstaltungen, Kampagnen eben, das wir dann die Reißleine ziehen müssen, um unsere Jugend zu schützen und das ist im Prinzip auch die klassische Verbindung hier in diesem Sozialausschuss, ja, das was dort teilweise gelehrt wird, das ist jugendgefährdend, ja, das bringt unsere Jugend nicht näher an unseren Rechtsstaat ran, sondern sorgt eher dafür, dass rechtsstaatliches Handeln, auch Polizeieinsätze und dergleichen legitimiert werden.

Und das darf nicht sein, auf der Seite, wo wir sagen, oder in dem Bereich, wo wir sagen, wir treten gegen jeglichen Extremismus und gegen jegliche Extremismusförderung in der Stadt ein, dann müssen wir das auch konsequent tun. Die Stadt hat auf der einen Seite sehr intensiv, auch gegen das Haus der Identitären Bewegung agiert mit der Folge, dass die im Prinzip ihre Tätigkeit im Stadtgebiet beendet haben und auf der anderen, die im Prinzip gewaltfrei, von Gewaltlosigkeit geprägt gewesen ist und auf der anderen Seite haben wir ein Objekt mit dem Reil 78, wo sich beispielsweise die Gewalttäter aus den 1. Mai –Veranstaltungen und dergleichen und vielen anderen auch immer wieder zurückziehen können und da bitte ich einfach die Stadtverwaltung sich der Sache anzunehmen.

Dafür ist unser Antrag und da schließt sich jetzt auch gleich meine Frage an, an Frau Brederlow, die hat uns ja geantwortet und zwar hatte sie empfohlen, den Antrag für erledigt zu erklären. Wir sehen das aber überhaupt gar nicht so, denn sie hat entweder nur die Überschrift gelesen, dann würde die erledigt Erklärung sicherlich so greifen, das haben wir so auch nicht unterstellt, dass die Stadt direkt fördert, aber sie schreibt eben auch: „Sollte die Verwaltung Kenntnis erlangen, wird sie ein Verfahren zur Beendigung von Förderung einleiten.“

Und deswegen meine Frage. Wir haben ja jetzt umfangreich vorgetragen, als Anlage zu diesem Antrag, den wir jetzt hier eingestellt haben, ist ja digital, sind ja verschiedene Fotos und Ausschnitte oder Kopien vom Verfassungsschutzbericht beigelegt, das ist ja eine öffentliche Veranstaltung, das kann sich also jeder auch im Ratssystem, jeder Bürger sich auch downloaden und sich das selbst anschauen, also meine Frage an Frau Brederlow ist: Haben Sie denn jetzt schon geprüft, ob die Fakten, die wir jetzt vorgebracht haben, authentisch sind? Wie gehen Sie damit jetzt um, mit unserem Vortrag, werden Sie jetzt auch handeln? Jetzt, wo Sie wissen, dass im Prinzip im Reil 78 keine Demokra, nicht ausschließlich, so will ich es sagen, nicht ausschließlich demokratiefördernde Projekte umgesetzt werden und wie werden Sie jetzt agieren? Das sind jetzt erstmal meine Fragen an die Verwaltung.

Frau Haupt

Gut, Herr Raue, jetzt haben Sie sehr umfangreich Ihre Meinung kundgetan, das ist auch Ihr Recht und ich frage jetzt erstmal so generell. Eine Verwaltungsmeinung liegt ja vor, Sie haben darauf reagiert. Ich gebe Frau Brederlow jetzt trotzdem das Wort, weil auch Fragen an Sie nochmal gerichtet wurden und vielleicht können Sie das verbinden, ja, bitte, Frau Brederlow.

Frau Brederlow

Also zunächst mal Herr Raue, bevor ich hier etwas unterschreibe, gucken wir uns die Sache natürlich genau an und Sie können davon ausgehen, die Stadtverwaltung kennt den Verfassungsschutzbericht und zwar sämtliche Bereiche, die dort als extremistisch geführt werden. Das zum einen.

Der zweite Punkt ist der, es ist grundsätzlich so, wenn mit öffentlichen Mitteln, Sie haben Recht, hier in dem zweiten Satz geht es hauptsächlich um die Förderung, der Begriff könnte missverstanden werden in meiner Darstellung, ja, der Begriff könnte missverstanden werden, aber das betrifft natürlich auch, das zur Verfügung Stellung von Räumen durch die Verwaltung oder sagen wir, auch durch die städtischen Unternehmen, die könnte es im Ernstfall ja auch betreffen, da wird schon genau geprüft, was passiert dort in den Häusern und es gibt dann auch tatsächlich Reaktionen. Diese Reaktionen sehen aber dann nicht so aus, dass man den jeweiligen Nutzern der Immobilien dann gleich sagt, ihr dürft hier nicht mehr agieren, sondern, da gibt es zunächst erstmal eine Beratungspflicht durch die Verwaltung.

Und da gibt es zunächst erstmal verschiedene Behörden, die dann mit den entsprechenden Nutzern, bei Geförderten ist es klar, da steht es in den Förderbedingungen, da möchte ich gar nichts dazu sagen, da hat sich das definitiv erledigt, weil, wir dürfen gar nichts fördern, was in die Richtung geht, also im klassischen Sinne fördern, aber auch wenn es um die Nutzung von Räumlichkeiten geht und das wird ja im Zusammenhang mit dem Freiraumkonzept dann nochmal eine intensivere Diskussion sein, das man genau schaut, wer nutzt im Endeffekt diese Räume, die zur Verfügung gestellt werden. Wenn, da bleibe ich aber dabei, sollten wir da, wenn wir da entsprechende Informationen haben, wird zunächst erstmal das Gespräch mit dem Nutzer gesucht. Es geht also nicht gleich darum, die Nutzung der Sachen zu unterbinden und das ist nicht neu und das wurde auch in der Vergangenheit schon so getan und deswegen ist Ihr Antrag tatsächlich erledigt, weil, dazu sind wir letztendlich auch verpflichtet.

Frau Haupt

Ich habe jetzt keine, doch, Herr Raue und dann Herr Bönisch, bitte in der Reihenfolge.

Herr Raue

Ja, bevor Herr Bönisch den Geschäftsordnungsantrag stellt, was ich nicht hoffe, will ich trotzdem nochmal Frau Brederlow fragen, also ich habe mir ja jetzt zweimal, auch über Stunden, die Akten und auch den Schriftverkehr zwischen Stadtverwaltung und Kubultubu e.V., also dem Pächter oder Mieter, Nutzer des Reil 78 angeschaut, ich würde fast sagen, ich habe jede Zeile gelesen. Also ich kenne nicht eine einzige, einen einzigen Schriftwechsel, der dieses, dieses Thema in irgendeiner Form aufgreift, nicht eine einzige Zeile und die, also das heißt, schon allein die Stadtverwaltung geht da gar nicht selbstständig vor in den letzten Jahren. Aber Sie gehen eigentlich auch nicht jetzt dagegen vor, nachdem wir ja jetzt über Monate, ich will fast sagen, schon fast über ein Jahr, in unterschiedlichen Anträgen dieses Thema auf die Tagesordnung gebracht haben.

Das heißt, also selbst läuft hier gerade nichts und erledigt ist das deswegen noch lange nicht. Also wir haben Ihnen ja auch aus vielen Fotokopien, die wir im Prinzip gemacht haben, auch andere Anlagen, die wir Ihnen schon in anderen Anträgen geliefert haben, gehen ja, da stehen ja Daten drin und das zeigt sich eindeutig, das also bis in die jüngsten Tage hinein dort Antifa-Veranstaltungen und Rote Hilfe - Veranstaltungen stattgefunden haben und da möchte ich gern mal wissen, wenn Sie sagen, Sie haben eine Beratungspflicht, also erstmal gibt es ja eine Vertragslage und dann gibt es überhaupt die Fördergrundsätze, die Sie schon ansprachen, unter denen die Stadt Halle überhaupt fördern darf. Ich würde sagen, das ist jetzt mehrfach gerissen und jedes Mal, wenn Sie sozusagen da nicht genau hinschauen und diese Vorfälle vielleicht banalisieren oder ignorieren, dann fühlt sich natürlich die linke Szene, auch die linken Extremisten fühlen sich bestärkt, weil, geschützt durch den Rechtsstaat, den sie ja eigentlich mit Füßen treten, den sie überhaupt gar nicht anerkennen. Also die haben Grundsätze, beispielsweise geht es da um revolutionäre...

Frau Haupt

Herr Raue, bleiben Sie bei Ihrem Antrag.

Herr Raue

...des Staates, also ich will das nur sagen, es gibt, es geht da schon ins Eingemachte und aus dem Grund weiß ich nicht, wann haben Sie denn, wann sind Sie denn mit denen in Kontakt getreten und haben genau über dieses Thema geredet oder einen Schriftwechsel, gar eine Aufforderung, eine Abmahnung oder dergleichen, gibt es bislang nicht und deswegen ist unser Antrag entstanden.

Frau Haupt

Gut. Herr Böhnisch.

Herr Raue

Uns ist das wichtig.

Frau Haupt

Herr Bönisch hat sich jetzt gemeldet. Ich würde sagen, wir sammeln die Fragen und dann kriegt Frau Brederlow nochmal das Wort. Herr Bönisch.

Herr Bönisch

Na es geht in dieselbe Richtung. Ich wollte fragen nach dem Verfahren. Das, was da aufgeführt wurde an, ja möglicherweise Begünstigung von extremistischen Vereinigungen durch Mieter oder Pächter unserer Immobilien. Wenn, Sie sagen jetzt, wenn das bekannt wird, dann gibt es eine Abmahnung, gibt es ein Gespräch, also eine Abmahnung, ein Aufklärungsgespräch oder eine Mitteilung, eine Rechtsbelehrung und was passiert denn, wenn das dann nochmal passiert, wie würden Sie denn dann agieren? Das wäre dann die regelmäßige Reaktion, also beim ersten Mal, was Ihnen bekannt wird, sagen Sie, wird reagiert in Form von Aufklärung, Belehrung oder so etwas und wenn das nochmal passiert, was wäre dann in Ihrer Richtlinie, in Ihrem normalen Handeln eigentlich dran? Was würde dann passieren?

Frau Haupt

Ich will dazu sagen, dass ich jetzt keine weiteren Wortmeldungen gesehen habe, ich gebe dann Frau Brederlow nochmal kurz das Wort und dann denke ich, können wir darüber abstimmen. Bitte, Frau Brederlow

Frau Brederlow

Also Herr Bönisch, ganz konkret betrifft es jetzt nicht meinen Geschäftsbereich, aber realistisch wäre es natürlich, wenn es um Immobilien geht, mein Geschäftsbereich ist die Förderung. Die Förderung würde dann natürlich in dem Moment auch eingestellt, wenn es massiv wäre. Also es wäre ein Verstoß tatsächlich gegen die Förderrichtlinie.

Wenn es um die Nutzung von Immobilien geht, ist es natürlich die Frage, was steht in den Verträgen, wer ist tatsächlich der Vertragspartner und dann müsste man entsprechend reagieren. Das würde dann über, ja wahrscheinlich über den Immobilienbereich bzw. ich hatte ja auch gesagt, ein Teil der Vermietungen läuft ja wahrscheinlich auch über städtische Unternehmen, die müssten dann auch entsprechend reagieren.

Frau Haupt

Gut, ich wollte jetzt eigentlich...

Frau Brederlow

Aber das ist Angelegenheit des Vertrages.

Frau Haupt

Danke, Frau Brederlow.

Herr Raue, wir wollten eigentlich abstimmen.

Herr Raue

Ja, können wir auch gleich, liebe Frau Haupt.

Ich hätte nur eine letzte Frage an Frau Brederlow. Sie werden sich sicherlich unsere Unterlagen durchgeschaut haben und nicht ganz unvorbereitet in die Sitzung gegangen sein, was ist denn jetzt Ihre Einschätzung über, wie würden Sie denn jetzt vorgehen, nachdem Sie im Prinzip jetzt diesen umfangreichen, diesen Beweisvortrag von uns gesehen haben, gesichtet haben, was halten Sie denn, wie möchten Sie denn im Prinzip mit dem Kubultubu e.V. in nächster Zeit umgehen, um dieses Problem der Zugänglichmachung von

Räumlichkeiten für verfassungsfeindliche oder wegen mir auch gewaltbereite Gruppen jetzt mal dauerhaft auszuschließen?

Wie, ist das jetzt ein Punkt, den wir jetzt erarbeitet haben, wo Sie sagen, jetzt muss ich als Stadt handeln oder sind Sie immer noch in der Position, wo Sie sagen, naja, für mich ist das alles noch zu weich, das sind alles nur Anschuldigungen, das ist nicht belastbar genug. Der Verfassungsschutzbericht beispielsweise der ist ja nur so ein Bericht. Wie gehen Sie jetzt damit um?

Frau Haupt

Frau Brederlow, möchten Sie nochmal?

Frau Brederlow

Zum Verfassungsschutzbericht habe ich schon etwas gesagt, da werde ich mich jetzt nicht wiederholen. Und wenn so etwas ist, ist es tatsächlich so, dass dann, wenn Sie etwas vorlegen als Fraktion, wir uns natürlich selbst ein Bild machen müssen, das ist auch klar. Das wäre in dem Fall sicherlich weniger der Sozialbereich und wir sind hier im Sozialausschuss, sondern eher der Ordnungsbereich und wenn da entsprechende Hinweise sind, dann wird reagiert. So ist das Vorgehen.

Frau Haupt

Gut, ich würde gern jetzt zur Abstimmung kommen und frage zuerst die sachkundigen Einwohner/-innen nach Ihrem Votum, also: Ja, Nein, Enthaltung.

Herr Dr. Tarek Ali	Nein
Frau Ines Dunker	Nein
Herr Guido Haak	Nein
Herr Tobias Heinicke	Nein
Herr Jan Röttschke ?	
Ist nicht mehr da?	

Herr Helmich

Der hat sich verabschiedet, eben.

Frau Haupt

Ach so, gut. Das haben wir jetzt nicht so schnell mitbekommen. Also sind wir nur noch vier Sachkundige Einwohner, alle haben dagegen votiert.
Ich frage jetzt die Stadträte.

Herr Bönisch

Ich hatte mich nochmal gemeldet, deswegen gebe ich jetzt die kurze Begründung, warum ich mich enthalte. Ich will mich deshalb enthalten, weil wir dem Antrag natürlich zustimmen könnten; da jetzt das erledigt erklären durch die Stadtverwaltung uns jetzt aber noch nicht so richtig plausibel erscheint und wir noch eigene Recherchen anstellen, auch durch Nachfragen usw., und insofern jetzt die Begründung für mein Votum.

Herr Bönisch	Enthaltung
--------------	------------

Frau Haupt

Herr Bönisch, tut mir leid, wir haben das Beide nicht gesehen, die Wortmeldung.
Okay, also Enthaltung.

Frau Gellert	Nein
Herr Helmich	Nein
Frau Jahn	Nein

Herr Krause	Nein
Frau Dr. Kreutzfeldt	Nein
Herr Raue	Ja
Frau Dr. Schöps	Nein
Herr Schöder	Ja
Frau Dr. Wünscher	Nein

Damit ist der Antrag abgelehnt, mit 2,4, 6, 7, 8 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Ende Wortprotokoll

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Berücksichtigung des Rechtsrahmens, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Förderung oder Unterstützung soziokultureller Projekte und anderer Einrichtungen in der Stadt Halle mit öffentlichen Mitteln zu beenden, wenn diese extremistische, gewaltbereite, gewaltunterstützende oder verfassungsfeindliche Organisationen, Gruppen oder Personen (z.B. Rote Hilfe oder Offenes Antifaplenum), direkt oder indirekt, beispielsweise durch das zur Verfügung stellen von Räumen, Material oder Ressourcen für Veranstaltungen und Treffen, fördern oder unterstützen oder in den letzten vier Jahren unterstützt haben.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Jahresabschluss Bildung und Teilhabe 2020 (Stadtverwaltung)

Die Mitteilung ist in Session hinterlegt.

Frau Haupt fragte, ob jetzt mehr Mittel für diese Leistungen zur Verfügung stehen.

Frau Winter antwortete, dass es sich um die Abrechnung von 2020 handelt. Alles, was ausgegeben wurde, ist Bestandteil der Revision. Es stehen nicht mehr Mittel zur Verfügung, sondern prozentual gibt es mehr an Erstattung.

zu 7.2 Aktueller Stand über Angebote zur Unterstützung von Jugendlichen auf dem Weg von der Schule in Ausbildung und Beruf

Die Mitteilung ist in Session hinterlegt.

Frau Gellert sagte, dass im Realschulbereich viele Schüler überlegen, das Schuljahr zu wiederholen, da aufgrund der Pandemie kaum Unterricht stattgefunden hat. Im Hauptschulbereich soll es wohl keinen Schulabschluss deswegen geben. Sie fragte, welche Unterstützung es im Bereich Lernen, außer Bildung und Teilhabe, vom Jobcenter oder in der Zusammenarbeit von Jobcenter und Schule gibt, um diese jungen Menschen zu bestärken, um noch einen Schulabschluss erlangen zu können.

Frau Brederlow sagte, dass diese Frage nicht zu der Mitteilung passt, da es hier um einen entsprechenden Antrag der CDU-Fraktion ging und die Verwaltung einen aktuellen Stand zur Unterstützung im Rahmen dieses Online-Angebotes gibt.

Herr Gabel sagte, dass er diese Frage ad hoc nicht beantworten kann. Es werden Informationen zu den bestehenden Projekten, Angeboten und Maßnahmen immer eingeholt, das ist ein kontinuierlicher Prozess. Die WEB Seite soll bis zum 30.09.2021 fertiggestellt sein und wird auch eine Datenbank beinhalten, auf welche auch Entscheidungsträger zugreifen können.

Bei der Frage geht es um aktuelle Maßnahmen, die teilweise vom Bildungsministerium des Landes noch entwickelt werden müssen.

zu 7.3 Information Katzenkastration

Die Mitteilung ist in Session hinterlegt.
Es gab keine Nachfragen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Schöder zur Situation Kita-Plätze

Herr Schöder fragte, wie vielen Eltern momentan kein Kitaplatz im Eigenbetrieb Kindertagesstätten angeboten werden kann? Gibt es noch Kita's des Eigenbetriebes ohne Wartelisten im Stadtgebiet? Wenn ja, welche und wie viele Plätze gibt es dort noch? Was gedenkt die Stadtverwaltung zu tun, um den momentanen Nachfragedruck gerecht zu werden?

Frau Haupt machte darauf aufmerksam, dass diese Fragen im Jugendhilfeausschuss hätten gestellt werden müssen, da dieser hierfür zuständig ist. Da es keinen Widerspruch gab, wurde die Frage hier im Ausschuss beantwortet.

Frau Brederlow sagte, dass konkrete Zahlen nicht genannt werden, da es bereits einige Antworten zu ähnlichen Fragen gibt. Grundsätzlich wies sie darauf hin, dass es sich im Kindertageseinrichtungsbereich um ein subsidiäres System, bestehend aus freien Trägern und dem EB Kita, handelt. Diese Plätze sind ca. so verteilt, dass 60 % bei den freien Trägern und 40 % beim EB Kita sind.

Sie sprach an, dass Eltern sich bei ihrer Platzsuche beim EB Kita und freien Trägern anmelden, sodass es keinen genauen Überblick gibt, wie hoch der Bedarf an benötigten Kita Plätzen tatsächlich ist.

Sie bat Herrn Schöder darum, dass er noch einen Stichtag über seine Fraktion der Verwaltung benennt, da täglich Anfragen dazu kommen. Wenn der Stichtag benannt wurde, wird eine Antwort erarbeitet.

Wartelisten gibt es bei jedem Träger und in jeder Kita. Wenn Eltern die Kitas, in denen sie eine Anmeldung laufen haben, informieren würden, wenn sie woanders einen Kitaplatz erhalten haben, würde sich die Lage weiter entspannen.

Frau Brederlow machte auf das Investitionsprogramm Bildung aufmerksam. Für den EB Kita sind im städtischen Investitionshaushalt alle Kitas benannt, wo zusätzliche Plätze geschaffen werden sollen. Für die freien Träger wird das im Fachbereich Bildung gesammelt, hier kann mal im Jugendhilfeausschuss eine aktuelle Übersicht gebracht werden.

Außerdem machte sie auf das Erzieherproblem aufmerksam, sodass sich die Stadt mit an dem Programm „Praxisintegrierte Ausbildung“ beteiligt, leider gibt es für dieses und nächstes Schuljahr keine Förderung des Programms durch Bund und Land mehr. Momentan wird geprüft, inwieweit dies dennoch kontinuierlich fortgesetzt werden kann.

Das Kita-Portal ist im Entstehen und im Stadtrat Februar gab es dazu eine Information zum aktuellen Stand unter TOP 10.18. Dieses Kita-Portal soll gemeinsam mit den freien Trägern aufgebaut werden.

zu 8.2 Frau Gellert zur Ingolstädter Straße 30

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Wortprotokoll

Frau Haupt
Frau Gellert.

Frau Gellert

Ja, ich habe zwischenzeitlich in der letzten halben Stunde schon fast einige Fragen beantwortet bekommen. Aber ich möchte nochmal auf eine Sache hinweisen in der Südstadt, ist auch schon bekannt.

In der letzten Zeit erreichten mich verstärkt Hinweise von Einwohnern der Südstadt, welche unweit der Ingolstädter Straße 30 wohnen. Sie beklagen regelmäßig sich über die illegale Müllentsorgung rund um diesen Block und darüber, dass Passanten von Bewohnern des Hochhauses Ingolstädter Straße 30 mit aus dem Fenster geworfenen Gegenständen attackiert und sogar mit Eiern beworfen werden.

Vorige Woche wurde sogar ein Passant der Südpromenade von Möbelsplintern verletzt, das konnte mir auch der Renè Müller bestätigen, unser Quartiersmanager, der auch darüber informiert ist.

Jetzt ist es leider soweit und das finde ich bedauerlich, dass einige Anwohner, gerade diese, die seit vielen Jahren hier auch unsere Nachbarn sind und hier wohnen in der Südstadt, die Absicht bekunden, aus dem Stadtgebiet wegzuziehen.

Und wir, das ist in allen Ausschüssen Diskussion, oder fast allen, streben ja die Durchmischung an in den Wohngebieten und das macht mir eben Sorgen, das es hier perspektivisch eher so aussieht, dass es, das ist jetzt ein bisschen hochgegriffen, Frau

Brederlow wird jetzt gleich mit dem Kopf schütteln, aber, das es zu einer Ghettoisierung kommt und das müssen wir hier vermeiden.

Die Fragen dazu sind natürlich, der Stadtverwaltung ist diese Problematik bekannt, aber auch einigen Stadträten, das weiß ich, aber leider wird es trotz vieler Einsätze und Treffen verschiedener Akteure immer schlimmer. Wie kann die Stadt hier noch konsequenter einschreiten, um den Wegzug von „gutsituierten“ Familien und Anwohnern zu vermeiden? Und zweitens, neben der regelmäßigen Vermüllung geht es auch um nächtliche Ruhestörung durch laute Musik in der Nacht, das schallt wie ein Trichter hier, das höre ich auch, wenn ich lange arbeite, von diesem Block ausgehend. Und ebenso auch den nächtlichen Motorlärm, wenn die dort mit den Autos um die Wette fahren oder auch mit anderen Fahrzeugen, das ist hier recht schwierig.

Nach wie vor und mir ist selber, gestern sind zwei Ratten spielenderweise fast über den Fuß gelaufen, die hier rumtollen. Das Rattenproblem ist nach wie vor extrem und noch mal, um nochmal konkret zur Ingolstädter Straße 30 zu kommen, den Hauseigentümer sozusagen nochmal bitten, auf seine Mieter so zu wirken, dass sie sich an die Spielregeln hier an das Miteinander halten. Ich weiß, dass es jetzt Räumungsklagen gibt, bis Ende April sollten die entsprechenden Mieter rausziehen, aber ich weiß ja nicht, wie lange, ob das wirklich dann stattfindet und die Frage auch nochmal von meiner Fraktion konkret: Wie viele Strafanfragen gab es seit dem 01.01. gegen die verursachenden Bewohner des Hauses? Genau, das ist jetzt erstmal so im Grunde genommen alles. Also ich weiß, es gibt Räumungsklagen, ich hoffe, die werden vollzogen, genau und die anderen Anwohner bleiben hier.

Frau Haupt

Bevor ich jetzt der Verwaltung das Wort gebe, muss ich auch hier bemerken, Frau Gellert, das ist natürlich ein Sammelsurium von Fragen und nicht alle gehören hier in den Ausschuss, das ist ein bisschen schwierig. Das ist wieder übergreifend. Deshalb will ich jetzt mal Frau Brederlow fragen, was sie beantworten kann, ansonsten müssen wir die vielleicht nochmal in einen anderen Ausschuss mitnehmen, würde ich vorschlagen.

Frau Brederlow

Also erstmal, ja, erstmal, die gehören, bis vielleicht auf das Thema Segregation, aber das ich da jetzt keine schnelle Antwort habe, da würde ich den Nobelpreis kriegen, wenn ich da eine hätte. Da gibt es auch entsprechende Anträge in der Verwaltung, wo wir daran arbeiten und alles andere, wenn Herr Müller, haben Sie gesagt, ist der Quartiersmanager, wenn der das aufgenommen hat, gehe ich davon aus, das der das innerhalb der Verwaltung an die zuständigen Stellen weitergibt. Also insofern, verlasse ich mich darauf, zumal er ein sehr aktiver Quartiersmanager ist und alles andere würde ich Sie bitten, würde ich die Fraktion bitten, auch in den Bereich Ordnung zu geben, weil hier, das gehört nicht in den Sozialausschuss, das gehört in den Ordnungsbereich und da können Sie das sicherlich auch platzieren.

Frau Haupt

Frau Gellert, können wir uns da so einigen, dass Sie das nochmal mitnehmen?

Frau Gellert

Ja. Hauptsächlich hier im Sozialausschuss, Entschuldigung, wenn ich jetzt gleich rede, ist natürlich das Thema Segregation wichtig, dass nicht nur versucht wird, in andere Sozialräume andere Menschen, also Gutsituierte reinzubekommen, wir müssen auch aufpassen, dass diese Menschen, die da schon immer wohnen und gern in der Südstadt wohnen, nicht wegziehen und da brauchen wir eine friedliche Koexistenz. Alles andere kann mit in den Ordnungsausschuss.

Frau Haupt

Dann einigen wir uns so, machen wir das so.

Ende Wortprotokoll.

zu 8.3 Herr Bönisch in Bezug auf TOP 5.2

Wortprotokoll auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion

Frau Haupt

Dann ist Herr Bönisch dran.

Herr Bönisch

Ja, ich habe eine erste Frage und dann nochmal zum Impfen zwei, drei Fragen.

Die erste Frage: Frau Brederlow, lassen Sie sich beeindrucken von dem vorhin gefassten Beschluss, dass der Antrag der AfD abgelehnt wurde?

Im Antrag steht ja, dass die Förderung und Vereinigung usw. eingestellt werden soll, wenn extremistische Gruppen damit unterstützt werden. Das wurde mit, man hätte das so machen können, wie die Stadtverwaltung empfohlen hat, sagen, das ist erledigt, die handeln ja schon so, was ich auch für vernünftig, also ganz normal halte. Jetzt wurde der Antrag aber abgelehnt, das müsste man eigentlich so interpretieren, dass extremistische Gruppen gefördert werden sollen, dass man hier im Sozialausschuss kein Problem damit hat, dass die gefördert werden.

Ist das für Sie, beeindruckt Sie das irgendwie? Das ist jetzt tatsächlich, werden Sie Ihr Handeln in Zukunft verändern?

Frau Brederlow

Herr Bönisch, ich werde...

Frau Haupt

Frau Brederlow, möchten Sie antworten?

Frau Brederlow

Entschuldigung, Frau Vorsitzende.

Herr Bönisch, ich bin gehalten als Beamtin, auch wenn ich Wahlbeamtin bin, im Rahmen des Grundgesetzes zu handeln und natürlich lasse ich mich davon nicht beeindrucken, sondern ich werde auch weiterhin in meinem Bereich, soweit es die Förderung angeht und Herr Baus wird das genauso tun, was seinen Bereich angeht, er ist ja auch mit da, natürlich keine extremistischen Gruppen unterstützen. Dabei bleibt es und das ist auch in allen Richtlinie und Gesetzen klar niedergelegt.

Herr Bönisch

Danke, das beruhigt mich.

Ende Wortprotokoll

zu 8.4 Herr Bönisch zur Größe der Risikogruppen in der Stadt und wie viel Impfungen Risikogruppe 1 erfolgten

Herr Bönisch fragte zum Impfen nach. Er dankte zuerst der Stadt und den Ärzten und Helfern für das gute Vorgehen und Vorankommen beim Impfen. Er fragte, ob es eine Übersicht zur Größe der Risikogruppen I und evtl. schon II in der Stadt gibt. Wie viele von den Leuten sind bereits geimpft?

Frau Brederlow sagte, dass dieses Thema die Verwaltung auch beschäftigt. Zur Prioritätengruppe wird Frau Dr. Gröger noch antworten. Schwierig wird es in den Gruppen II und III, da es immer mehr Personen werden. Beim Alter ist die Nachvollziehbarkeit einfacher als bei den Vorerkrankungen. Hier wird auf das Impfen durch die Hausärzte gehofft, da diesen die Patientendaten von den zu Hause lebenden Patienten vorliegen und sie dies entsprechend dann umsetzen können.

Frau Dr. Gröger ergänzte, dass die Patientendaten nur über die Hausärzte und Krankenkassen einsehbar sind, sodass bei ausreichend vorhandenem Impfstoff dies dann über die Hausärzte erfolgen kann. Bisher haben diese Risikogruppen die Möglichkeit, bei freigeschalteten Impfterminen sich selbst anzumelden. Bei Härtefällen, die über den Medizinischen Dienst gehen, können keine Zahlen genannt werden, da diese Zahlen sehr variabel sind.

Bei den über 80-jährigen, also Prioritätengruppe I, wird das Impfen in ca. 1 Woche abgeschlossen sein, da diese Gruppe dann ein Impfangebot erhalten und zum Teil angenommen oder verschoben hat.

In den Pflegeheimen wurden mit Stand 11.03.21 88 % der Bewohner gemäß des § 2 Impfgesetz geimpft und bei den Mitarbeiter/-innen sind es 64 %. Das Impfen besteht auf einer Freiwilligkeit. Es wurden bisher (Stand 17.03.2021) 35.832 Impfungen durchgeführt, davon 26.922 Erstimpfungen und 8910 Zweitimpfungen.

Herr Bönisch fragte nach, wann für die über 80jährigen die Impfung konkret abgeschlossen sein wird.

Frau Dr. Gröger erwiderte, dass sie dies nicht genau benennen kann, weil auch immer wieder Nachmeldungen erfolgen, wenn sich Personen doch noch zur Impfung entschlossen haben.

Sie verwies auf die jetzt bestehende Situation mit AstraZeneca, welcher als Impfstoff gestoppt worden ist. Ab 04.03. gab es erst die Möglichkeit, AstraZeneca für über 65-jährige Risikogruppen zu verwenden. Bis dahin musste der Impfstoff an Personengruppen vergeben werden, die unter 65 Jahre alt waren.

Gegenwärtig sind 41 Einrichtungen in Quarantäne, 51 Kinder wurden positiv getestet und 20 Mitarbeiter/-innen. Sie betonte, dass die Impfung von Lehrern und Erziehern mit dem Land abgestimmt war.

zu 8.5 Frau Dr. Wünscher zum Stand Zuwendungsbescheide freiwilliger sozialer Bereich

Frau Dr. Wünscher fragte, ob alle bestätigten Vereine und Projekte im freiwilligen Bereich den Zuwendungsbescheid erhalten haben und ob eventuell schon finanzielle Mittel geflossen sind. Wenn nicht, wie viele Zuwendungsbescheide stehen noch aus?

Frau Brederlow verwies auf die Haushaltssperre mit den entsprechenden Regularien. Zu den Vereinen, die gefördert werden, liegt die Liste vor. Es wird ein Großteil der Vereine sein, insbesondere die, welche Personal- und Mietkosten haben, die auch die volle Förderung erhalten sollen. Die Bescheide können erst versendet werden, wenn die Freigabe der Haushaltsmittel erfolgt ist. Das wurde im Geschäftsbereich Finanzen beantragt. Zur Freigabe vorgesehen sind 472.871 Euro. Einzelne Projekte, die momentan nicht stattfinden können, wurden zunächst zurückgestellt. 95 % der Projekte sind für eine Freigabe vorgesehen.

Frau Dr. Wünscher fragte nach einer Übersicht der Projekte, die für eine Freigabe vorgesehen sind, was Frau Brederlow zusicherte.

zu 8.6 Frau Dr. Kreutzfeldt zur Bearbeitung von Einbürgerungen

Von **Frau Dr. Kreutzfeldt** wurde angesprochen, dass in ihrer Fraktion von einer Person vorgetragen wurde, dass dieser vor 1 Jahr die Einbürgerung beantragt hat und auf Nachfrage wurde diesem gesagt, dass sein Antrag noch nicht im Gremiendurchlauf sei und dass derzeit keine Einbürgerungen durchgeführt werden. Sie wollte wissen, ob das den Tatsachen entspricht und wenn ja, warum das momentan so ist.

Frau Brederlow sagte, dass dies an den zuständigen Bereich übermittelt wird.

zu 8.7 Frau Haupt zur Möglichkeit von Abschlagszahlungen für freiwilligen Bereich

Frau Haupt sagte, dass bei Vereinen bereits Lohn- und Mietkosten aufgelaufen sind. Gibt es die Möglichkeit, dass man eventuell Abschlagszahlungen vornehmen kann.

Frau Brederlow antwortete, dass dies nicht möglich sein wird, da ja erst die Freigabe der Haushaltsmittel erfolgen muss. Sie geht davon aus, dass dies schnell erfolgen wird, sagte aber zu, hier im GB I nachzufragen.

Frau Haupt bat darum, dass sie dies bitte gleich für den Gleichstellungsbereich mit erfragt, da dort auch einige Vereine bereits nach den Zahlungen gefragt haben.

zu 8.8 Frau Haupt zu Impfungen

Frau Haupt fragte aufgrund einer Bürgeranfrage nach, wie das mit den Impfterminen für die anderen Personen, bspw. den über 70-jährigen, laufen wird.

Frau Brederlow erwiderte, dass dies noch geklärt wird, wie das laufen soll. Anschreiben sind für diesen hohen Personenkreis nicht möglich. Ohne niedergelassene Ärzte wird das Impfen nicht geschafft werden und darauf wird jetzt gebaut.

zu 8.9 Herr Raue zur Einstufung Antifa und Rote Hilfe

Wortprotokoll auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion

Frau Haupt

Herr Raue.

Herr Raue

Frau Haupt, ich habe drei Fragen, zwei an Frau Dr. Gröger und eine nochmal an Frau Brederlow.

Frau Brederlow, Sie verantworten ja bei uns auch Schule, Kita und Erziehung. Stufen Sie denn selbst in Ihrem Verantwortungsbereich, in Ihrer Wahrnehmung, die Antifa und die Rote Hilfe als jugendgefährdende linksextremistische Organisationen ein, wie das der Verfassungsschutz auch tut?

Frau Brederlow

Eindeutig ja. Wenn Sie im Verfassungsschutzbericht sind, egal ob links oder rechtsextrem oder wie auch immer, wird über den Jugendschutz natürlich entsprechend reagiert.

Herr Raue

Okay, vielen Dank. Dankeschön.

Ende Wortprotokoll

zu 8.10 Herr Raue zu CT Werten und Fällen

Herr Raue fragte zu dem CT-Grenzwert, also die Anzahl der Vervielfachungen bei den Probeentnahmen von COVID 19. Da ist der Wert von 35 und mehr Vervielfältigungen benannt, wo eine Person nicht mehr infektiös sein soll. Es sollen noch andere Kriterien eine Rolle spielen. Deswegen fragte er, ob es auch Fälle gibt, wo der CT-Wert deutlich über 35 ist, was evtl. dafür sprechen würde, dass diese Person wenig Virus in sich hat und trotzdem die Person noch sehr krank zu sein scheint und man deswegen sagt, dass die Person immer noch infektiös ist.

Frau Dr. Gröger sagte, dass die CT-Werte auch von PCR-Technik zu PCR-Technik etwas unterschiedlich sein können. 35 ist eine gute Orientierung, dies kann von Labor zu Labor unterschiedlich sein. Der CT-Wert kann zu Beginn oder zum Ende einer Erkrankung sehr hoch sein, so lässt sich manchmal trotz vieler Bemühungen nicht ganz sicher herausfinden, ob es eine beginnende oder abklingende Infektion ist. sodass in Einzelfällen in kurzen Abständen nochmal ein zweiter Test gemacht wird, um zu schauen, wie sich der Ct-Wert entwickelt.

Es kann sein, dass jemand der den genannten CT-Wert und noch eine Symptomatik hat, dann noch als ansteckend bezeichnet wird. Dies muss immer sehr individuell geklärt werden.

Solange nach dem PCR Testverfahren Vermehrungszyklen nachgewiesen werden (ct), wird dieser Befund von den Laboren als positiver Befunde herausgegeben.

Herr Raue empfahl, die Messergebnisse in der Öffentlichkeit zu kommunizieren.

Frau Dr. Gröger sagte, dass die Betreffenden die CT-Werte mitgeteilt bekommen bzw. fragen viele gleich danach, darauf muss es bewendet bleiben. Momentan gibt es wieder steigende Fälle und es kann eine statistische Auswertung in der Form nicht bewerkstelligt werden. Ihr Fachbereich muss noch gut funktionieren und hier sind die Kontaktnachverfolgung prioritär in der Bearbeitung und keine Statistik.

zu 8.11 Herr Raue zu Fällen Influenza und Corona

Durch **Herrn Raue** wurde gefragt, ob es Fälle gab, wo eine Person Corona und Influenza gleichzeitig hatte oder gibt es Influenza momentan gar nicht mehr?

Frau Dr. Gröger sagte, dass es dieses Jahr wenig Influenza gibt, was mit den ausgeprägten Hygienemaßnahmen und dem Lockdown zusammenhängt, da weniger Begegnungsmöglichkeiten gegeben sind und Hygieneregeln umgesetzt werden müssen.

Es gab im Jahr 2020 zwei Fälle, bei denen Beides nachgewiesen worden ist, ob das klinisch relevant war oder als Diagnose so gesagt werden kann o.ä. kann sie nicht einschätzen.

zu 8.12 Frau Dr. Schöps zum Stand Zuwendungen im Gleichstellungsbereich

Frau Dr. Schöps wollte ebenfalls zum Stand der Zuwendungen, hier im Gleichstellungsbereich, nachfragen, was bereits für den sozialen Bereich gut beantwortet worden ist. Sie bat gleichfalls um eine Übersicht der Projekte, die für eine Freigabe der finanziellen Mittel angedacht sind.

zu 8.13 Frau Gellert zu Informationen Coronafälle in Kita-Einrichtungen

Frau Gellert dankte Frau Brederlow und Frau Dr. Gröger für viele Maßnahmen, die Kita's betreffen, die in Quarantäne waren, das waren zehn.

Es gab sehr schlimme Verläufe, auch die englischen Mutanten, auch bei Kindern schon ab 2 Jahre und bei Erzieherinnen zwischen 55 und 60 Jahren.

Sie fragte, ob es möglich ist, dass bei Fällen in naheliegenden Einrichtungen nochmal verstärkt auf die Mundschutzpflicht auf Spielplätzen und in Einrichtungen aufmerksam gemacht werden kann.

Frau Brederlow verwies auf die Eindämmungsverordnung, welche auf der Homepage der Stadt veröffentlicht ist und da steht alles drin.

zu 8.14 Frau Gellert zu Impfterminen für Berechtigte nach Kategorie 2

Frau Gellert fragte, ob Erzieher und Sozialarbeiter, die jetzt in Quarantäne waren und negativ getestet wurden, einen zeitnahen Impftermin erhalten können.

Durch **Frau Brederlow** wurde geantwortet, dass momentan gesammelt wird für die Berechtigten nach § 3, also sogenannte Kategorie II und da zählen Kita's dazu. Es kann

noch nicht gesagt werden, wie schnell die Impfungen erfolgen werden, hierzu wird eine Information durch das Impfzentrum erfolgen, wenn es soweit ist.

zu 8.15 Herr Bönisch Fälle zu häuslicher Gewalt

Herr Bönisch bat um Aussagen zu den Fällen von häuslicher Gewalt.

Frau Brederlow informierte, dass die Zusammenstellung bereits erfolgte und im Ausschuss am 15.04.2021 dazu informiert wird. Dies wird vorher in Session dort hinterlegt, sodass in der Sitzung Nachfragen erfolgen können.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Themenspeicher

Der Themenspeicher ist in Session hinterlegt.

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete **Frau Haupt** die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit. Sie wies darauf hin, dass eine Pause von ca. 3 Minuten sein wird, um die Bedingungen für die nicht öffentliche Sitzung herstellen zu können.

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
Protokollführerin